

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post  
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Inserationspreis  
10 Pf. pro dreizehnpaltene  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 5.

Freitag, den 15. Januar

1892.

### Bekanntmachung,

den 11. Reichenfrauenbezirk betreffend.

Frau Emilie Auguste verehel. **Bärwald** geb. Hünchen zu Gauernitz  
ist am 9. dieses Monats als **stellvertretende Reichenfrau** für den 11. Reichenfrauenbezirk, welcher aus den Ortsteilen  
Gensstappel, Gauernitz, Hartha, Pinkowitz, Klipphausen, Nöhrensdorf, Kleinshörsberg, Niederrartha, Wilsberg und Weistropf einschließlich der zu denselben gehörenden Rittergüter  
besteht, in Pflicht genommen worden.  
Meissen, am 11. Januar 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

### Bekanntmachung.

Die Mühlenbesitzerin Frau Amalie Theresie verw. **Kirsten** in Helbigsdorf beabsichtigt, auf dem unter Nr. 411 des Grundbuchs für Helbigsdorf gelegenen Grundstücke zu vor-  
theilhafterer Ausnutzung und Regulierung des Betriebswassers einen Teich anzulegen.  
In Gemäßheit § 17 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 wird dies mit der Aufforderung hierdurch bekannt gemacht, etwaige Einwendungen gegen diese Teichanlage,  
deren Plan aus den an hiesiger Kanzlei aufbewahrten Unterlagen ersicht werden kann, soweit sie nicht auf besondern Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen,  
vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, allhier anzubringen.  
Meissen, am 12. Januar 1892.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

### Tagesgeschichte.

Mit einer unfruchtbaren Discussion und einem praktisch  
werthlosen Beschlusse hat der Reichstag am Dienstag seine dies-  
jährigen Arbeiten begonnen. Die freisinnige Partei hat die  
Genehmigung erhalten, ihren Wunsch erfüllt zu sehen: Der  
Diätenantrag ist vom Reichstage wieder einmal ange-  
nommen worden — um demnächst vom Bundesrathe aufs  
neue verworfen zu werden. Daß der gefasste Beschluß von  
diesem Schicksal betroffen werden wird, darüber ist sich niemand  
im Zweifel und darum war die ganze Berathung nur eine den  
Herren Richter und Genossen zuliebe ausgeführte Komödie.  
Das Centrum und ein Theil der Nationalliberalen haben wohl  
nur um der alten Tradition willen für den Antrag gestimmt.  
Sie dachten: Nützt es nichts, so schadet es doch nichts. Be-  
kämpfen die Herren Abgeordneten Diäten, so würde freilich jede  
solche nutzlose Unterhaltung dem Reiche 7—8000 Mark kosten,  
indessen auch so ist es schade um die schöne Zeit, die dem  
Reichstage schließlich noch recht fehlen dürfte, wenn er mit  
seinen Arbeiten vor Ostem zu Ende kommen will. Daß die  
Debatte keine neuen Gesichtspunkte zur Beurtheilung der Frage  
erbringen würde, war vorauszusetzen, denn das Für und Wider  
bezüglich der Diäten ist in früheren Legislaturperioden schon so  
gründlich erschöpft worden, daß sich die gestrigen Redner, so-  
weit sie besonnen waren, sich an die Sache zu halten, ausschließ-  
lich auf Wiederholungen beschränken mußten.

In Bezug auf das Trunkstichgesetz, oder wie es richtiger  
bezeichnet ist, Gesetz, betreffend die Bekämpfung der Trunk-  
sucht finden augenblicklich im Reichsamt des Innern noch Be-  
rathungen statt, welche einige in der letzten Plenarsitzung des  
Bundesraths in Vorschlag gekommene Abänderungen der Aus-  
schußentwürfe zum Gegenstande haben. Die Beratungen dürften  
im Laufe der nächsten Tage beendet werden, sodas der Ge-  
setzentwurf in der am Donnerstag stattfindenden Plenarsitzung  
des Bundesraths wird erörtert werden und alsbald an den  
Reichstag gelangen können.

In den öffentlichen und privaten Erörterungen über die  
Handelsverträge ist den verbündeten Regierungen wiederholt der  
schwere Vorwurf gemacht worden, sie hätten bei der Ausar-  
beitung der Verträge keine Sachverständigen gehört. Dieser  
Anklage tritt nunmehr die offizielle „Norddeutsche Allgemeine  
Zeitung“ mit folgendem Artikel entgegen: „In demjenigen  
Theile der Tagespresse, welcher sich zum Sprachrohr der durch  
die neuen Handelsverträge enttäuschten oder aus sonstigen  
Gründen mit denselben unzufriedenen Interessentenkreise macht,  
begegnet man neuerdings wieder dem Vorwurf, daß die In-  
dustriellen Deutschlands nicht zur Genüge zur Berathung der  
Handelsvertrags-Verhandlungen herangezogen worden seien.  
Es wird besonders auf Oesterreich-Ungarn exemplifiziert und  
auf die dort bei Eintritt in die Vertrags-Verhandlungen re-  
gierungsförmig veranlaßten Enquêtes verwiesen. Aus dem Um-  
stande, daß derartige Enquêtes in demselben Umfange und un-  
mittelbar vor oder während der Verhandlungen bei uns nicht  
angestellt worden sind, glaubt man den Schluß ziehen zu  
dürfen, daß deutscherseits auf die Wünsche und Interessen der  
heimischen Industrie nicht ausreichende Rücksicht genommen  
worden sei, worin ein berechtigter Grund zur Verstimmung und  
sogar zur „Beunruhigung“ unserer Industriellen liege. Den  
Vorwurf, der hier gegen die verbündeten Regierungen erhoben  
wird, hat der Reichskanzler schon in der Rede, mit welcher er  
am 10. Dezember v. J. im Reichstage die Einbringung der  
Handelsverträge begleitete, als sachlich unbegründet zurückge-  
wiesen, indem er darlegte, wie in der handelspolitischen Ab-  
theilung des Auswärtigen Amtes, im Reichsamt des Innern,

und nicht minder bei den mit den Handelsangelegenheiten be-  
faßten Ressortministerien der Bundesstaaten, insbesondere auch  
bei dem preussischen Handelsministerium, seit langen Jahren  
das aus den Berichten der Handelskammern, aus der Literatur,  
der Presse und aus Petitionen sich ergebende Material sorg-  
fältigst gesammelt und geordnet worden sei, so daß es, als die  
ersten Schritte zu den Verträgen schon worden seien, bereit  
dagelegen habe. Ueberdies seien auch noch im Laufe der Ver-  
handlungen bei allen schwierigen und zweifelhaften Fragen  
Sachverständige aus Interessentenkreisen gehört worden. Gerade  
durch dieses von der deutschen Regierung beobachtete, auf lang-  
jährige und vielseitige Beobachtungen beruhende Verfahren,  
welches übereinstimmend und vorbrüchlichen Ansprüchen im Augen-  
blicke der eigentlichen Action das Gegengewicht hielt, ist unseres  
Erachtens eine gleichmäßige Berücksichtigung und gerechte Ab-  
wägung aller in Frage kommenden, zum guten Theil einander  
bekämpfenden Interessen verbürgt worden. Aus der That-  
sache der Nichterfüllung mancher Einzelwünsche darf kein Rückschlag  
dahin gezogen werden, daß dieselben bei den Verhandlungen  
nicht geprüft und vertreten worden sind.“

Rom, 10. Januar. Der heute erschienene Bericht des  
Deputirten Glenna empfiehlt die Billigung der Handelsverträge  
mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. In  
dem Berichte heißt es, die betreffenden Verträge bildeten keinen  
wesentlichen Wechsel des Zollsystems, sondern hätten eine große  
politische und wirtschaftliche Bedeutung. Deutschland habe  
sein System geändert, indem es die Principien eines zugrosen  
Schutzes der Landwirtschaft und der Zoll-Autonomie aufgab  
und darnach trachtete, die ökonomische Vorherrschaft im con-  
tinentalen Europa sich zu erobern, wobei es aus dem Fehler  
Frankreichs Nutzen ziehen wolle, welches sich mit eisernen  
Schranken umgebe. Es sei zu wünschen, daß die Handelsver-  
träge mit der Zeit eine größere Wirksamkeit erlangten, sich auf  
einen größeren Kreis von Gegenständen ausdehnten, weitere  
Gebiete in ihren Bereich zögen und eine lange Periode der  
Ruhe eröffnen. Der Bericht billigt soeben die Dauer der  
Verträge für 12 Jahre, da hierdurch die von den landwirth-  
schaftlichen und industriellen Unternehmungen gewünschte Sta-  
bilität dargeboten werde. Bei der Untersuchung der einzelnen  
Bestimmungen des österreichisch-ungarischen Vertrages erklärt der  
Bericht, der Vertrag scheine ihm eine Befähigung desjenigen  
von 1887 zu sein; es wäre wünschenswerth gewesen, daß man  
denselben verbessert hätte, denn die österreichischen Ausfuhrn  
nach Italien überfliegen um ein Beträchtliches die italienischen  
Einfuhren nach Oesterreich. Der Berichterstatter verbeht sich  
die Schwierigkeiten nicht, die sich hierbei entgegenstellten und  
erkennt an, daß das Mißverhältniß im Gleichgewichte nicht ganz  
von dem Zollregime, sondern auch von der wirtschaftlichen  
Gestaltung beider Länder abhängt. Was den deutschen Han-  
delsvertrag betreffe, so erachte er die Herabsetzung des Zolles  
auf gewöhnliche Weine von 24 auf 20 Mark für ungenügend,  
glaubt aber, Italien würde einigen Nutzen aus den Zöllen von  
10 Mark auf Verschnittweine und von 4 Mark auf Weintrauben  
erzielen und erinnert daran, daß der deutsche Reichskanzler Graf  
v. Caprivi erklärt habe, er wolle die Einfuhr von italienischen  
Weinen begünstigen, um dem Alkoholismus entgegen zu arbeiten  
und die Einfuhr von Kunstweinen zu verhindern. Schließlich  
spricht der Bericht seine Freude über dieses Programm aus,  
wünscht jedoch wirksamere Zollreformen.

Je weiter die Influenza aus der Lombardie nach dem  
Süden vordringt, um so mehr scheint sie an Gefährlichkeit  
zu verlieren. Jetzt werden die ersten Influenzafälle aus Neapel  
gemeldet, aber mit dem Bemerkten, daß die Krankheit gutartig

verläuft. Schon in Rom hat die Influenza keine sonderliche  
Steigerung der Sterblichkeit zur Folge gehabt, während in Ober-  
italien die Todesfälle in Folge der Influenza noch immer er-  
schreckend zahlreich sind. Aus Genua meldet man, daß dort in  
der ersten Woche des neuen Jahres 502 Menschen gestorben  
sind, während selbst bei der letzten Choleraepidemie im Jahre  
1886 in der schlimmsten Woche nur 486 Todesfälle zu ver-  
zeichnen waren, und in normalen Zeiten durchschnittlich jede  
Woche 165 Todesfälle vorkommen. In Mailand und Turin  
hält sich die Sterblichkeit auf einer Höhe, welche die normale  
um das Dreifache übersteigt. Wie aller Orten beobachtet wird,  
räumt die Krankheit besonders unter den bejahrten Leuten auf.  
In dem Bürgerhospital zu Mailand sind in den letzten 18  
Tagen gerade so viel Insassen gestorben, als sonst durchschnittlich  
in einem ganzen Jahre sterben.

Aus dem Czarenreiche bringen neue unheimliche Ge-  
rächte über entdeckte nihilistische Verschwörungen und Geheim-  
druckereien und in Verbindung hiermit stehende Verhaftungen  
in verschiedenen russischen Städten in die Welt. Speziell  
sollen in das Petersburger Festungsgefängniß zwei Personen  
eingeliefert worden sein, welche in das auf der Czaren bei seiner  
Reise aus der Krim angeblich versuchte Dynamitbom-  
bententat mit verwickelt sind. Die Wahrheit über letzteren Ver-  
gang wird man wohl schwerlich vollständig hören.

Petersburg, 12. Januar. Die Polizei verhaftete in  
Wladimiroostok 20 Nihilisten, die der Beraubung der Staats-  
kasse verdächtig erschienen. Aus letzterer wurden kürzlich  
340 000 Rubel entwendet. Die Polizei entdeckte einen unter-  
irdischen Gang, der von der Wohnung eines der verhafteten  
Nihilisten Namens Seltow ins Staatskassengebäude von Wla-  
dimiroostok führt.

Ueber die von der Hungersnoth betroffenen russischen  
Provinzen gehen der „Times“ seit einiger Zeit eine Reihe auf-  
persönliche Anschauung gegründeter Berichte zu, von denen wir  
bereits Einiges mitgetheilt haben. Aus den interessanten, von  
Woroneich datirten Schilderungen greifen wir noch folgende be-  
zeichnende Auszüge heraus: „Meine Beobachtungen in den  
Gouvernements Tula und Rjazan gehen dahin, daß Tula eine  
ausgezeichnete Weizenerte gehabt hat. Es leidet deshalb auch  
nicht schwer. Dennoch sehen die Gutsbesitzer voller Furcht der  
Zukunft entgegen. Sie finden Arbeit für ihre Bauern, lassen  
hauptächlich für die Kinder bestimmt und können nicht einen  
Wagenlabungen Roggen vom Kaukasus kommen und hoffen  
bis zum nächsten Frühjahr damit durchzukommen. Allgemein  
aber glaubt man, daß sich die Hungersnoth im nächsten Jahre  
wiederholen wird, und es herrscht nur eine Meinung, daß dann  
der russische Nationalbankrott eintreten wird. Mein erster Be-  
such in dieser Provinz galt dem Gute einer Wittve, an die ich  
ein Empfehlungsschreiben besaß. Eine junge Dame, welche  
Freimahlzeiten für die Armen besorgte, eine Schülerin Tolstois,  
wohnte bei ihr. Meine Wirthin war der Ansicht, daß das  
Gut heillos sei. Die Weizenkörner hätten freilich den Aller-  
ärmsten 30 Pfd. Getreide per Kopf gegeben. Dieses sei aber  
hauptsächlich für die Kinder bestimmt und könne nicht einen  
Monat reichen. Bei der Vertheilung kämen auch allerhand  
Unberechtigten vor. Das Schlimmste sei, daß die reichen  
Gutsbesitzer sich zur Zeit von ihren Gütern fernhielten und  
den ärmern Gutsbesitzern auf diese Weise die ganze Last auf-  
bürdeten, für die Armen zu sorgen, obgleich es ihnen selbst  
nicht viel besser ging. Späterhin entdeckte ich, daß die reichen  
Kaufleute wenig Vertrauen zur Gesellschaft des rothen Kreuzes  
haben. Sie würden es vorziehen, ihre Geldbeiträge persönlich  
unter die Bauern zu vertheilen. Die Regierung gestattet es  
aber nicht. Unter dem Publikum herrscht die Ansicht, und sie